



BERLINER BRIEF

Ausgabe 6 - 2019



Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde,

kurz vor der Sommerpause melde ich mich mit der aktuellen Ausgabe meines Berliner Briefs zurück. Allein die letzte Juni-Woche lieferte ein wahres Sammelsurium an Tagungsorten für die Plenararbeit. Angefangen von der ersten Beratung der Gruppenanträge über Organspenden und der Verabschiedung des Gesetzes zum Staatsangehörigkeitsrechts, diskutierten wir auch einen Gesetzentwurf zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung. Dieser sieht unter anderem ab 2020 die Mindestvergütung für Auszubildende von 515 Euro im ersten Ausbildungsjahr vor.

Zur geplanten Gesetzesänderung der Grundsteuer erreichen mich viele Anfragen. Um es deutlich zu sagen: Der gefundene Kompromiss ist für mich keine Ideallösung. Im Bundestag und Bundesrat haben wir noch Diskussionsbedarf. Für unsere Kommunen sehr wichtig ist aber, dass endlich Sicherheit geschaffen wird. Dafür muss in Berlin eine mehrheitsfähige Lösung gefunden werden, wie die Grundsteuer zukünftig rechtssicher ausgestaltet werden soll. Details dazu und zu den anderen Themen finden Sie auf der folgenden Seite.

Wie die Zwischenbilanz der schwarz-roten Koalition auf der darauf folgenden Seite zeigt, konnten beachtliche Vorhaben auf den Weg gebracht werden, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger konkret verbessern und unser Land stärken.

Aufgrund der Sommerpause wird es für den Monat Juli keine Ausgabe des Berliner Briefs geben. Dafür erhalten Sie Anfang September die Sonderausgabe zu meiner „Sommertour“. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen eine erholsame Sommer- und Urlaubszeit.

Herzliche Grüße!
Ihr Torsten Schweiger

Tag der Ein- und Ausblicke am 8. September 2019 am Deutschen Bundestag

Zum „**Tag der Ein- und Ausblicke**“ lädt der Deutsche Bundestag für Sonntag, 8. September, von 9 bis 19 Uhr ein. Bereits am 17./18. August öffnen das Kanzleramt, die Bundesministerien und das Bundespresseamt ihre Türen. Bei beiden Veranstaltungen wird interessierten Bürgern ein breites Informations- und Unterhaltungsangebot präsentiert.

Mehr: www.bundestag.de/tea



Täglich verwandelt sich das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus im Berliner Parlamentsviertel noch bis zum Tag der Deutschen Einheit, am 3. Oktober, in eine Lichtspielbühne. Allabendlich beginnt mit Einsetzen der Dunkelheit eine Film-, Licht- und Tonprojektion an der Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses. Die halbstündige Installation zeigt die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland und des Reichstagsgebäudes. Der Besuch ist kostenlos. Mehr: <https://www.bundestag.de/besuche/ausstellungen/grossbildprojektion/grossbildprojektion-206200>

DER JUNI IM PARLAMENT

Erste Beratung der Gruppenanträge über Organspenden

Obwohl die Zahl von Menschen, die auf ein Spenderorgan angewiesen sind, gleichbleibend hoch ist, verzeichnet man in Deutschland weiterhin ein geringes Ausmaß an Organspenden. Der Deutsche Bundestag hat in erster Lesung Gesetzentwürfe zur Frage, wie die Zahl der verfügbaren Organe gesteigert werden kann, diskutiert. In diesem ethisch schwierigen Thema müssen Lösungsvorschläge gut begründet und abgewogen werden. Daher erfolgt die Auseinandersetzung um die beste Lösung über die Fraktionsgrenzen hinweg mit Gruppenanträgen. Eine Gruppe vertritt die Auffassung, dass einer Organspende ausdrücklich zugestimmt werden sollte. Eine andere Gruppe wirbt für die Überzeugung, dass einer Organspende im Vorfeld ausdrücklich widersprochen werden müsste. Dieses Thema betrifft potentiell über 80 Millionen Menschen in unserem Land.



Konsequentes Durchgreifen beim Staatsangehörigkeitsrecht

Die Unionsfraktion hatte lange darauf gedrungen: Doppelstaatler sollen ihre Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie sich an Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland beteiligen. Zwar kann der Entzug der Staatsangehörigkeit aus rechtlichen Gründen nicht für vor Inkrafttreten des Gesetzes liegende Handlungen gelten, aber zum Beispiel dann, wenn in den verbliebenen IS-Bastionen wieder Kämpfe aufflammen oder eine neue Lage dieser Art entsteht. Im parlamentarischen Verfahren ist uns gelungen, drei weitere Regelungen durchzusetzen: Wer in Mehrehe lebt, kann nicht eingebürgert werden. Zudem müssen vor der Einbürgerung Identität und Staatsangehörigkeit geklärt sein.

Gesetze zur Grundsteuer

Das Bundesverfassungsgericht hatte das System der Grundsteuererhebung für verfassungswidrig erklärt, weil es wegen völlig veralteter Bewertungsgrundlagen (in Westdeutschland von 1964 und in Ostdeutschland sogar von 1935) nicht mehr den Maßgaben des Grundgesetzes entspricht. Bis zum 31. Dezember 2019 soll der Bund eine Neuregelung auf den Weg bringen. Diesem Auftrag kommen wir mit insgesamt drei Gesetzen nach: Erstens ein Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b), zweitens das Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuerreformgesetz) und drittens dem Gesetz Änderung des



Grundsteuergesetzes zur Mobilisierung von baureifen Grundstücken für die Bebauung. 2025 soll die neu berechnete Grundsteuer erstmals fällig werden. Bis dahin gelten noch die alten Sätze. Die Grundsteuer betrifft alle: Sowohl Hauseigentümer als auch Mieter müssen sie zahlen, entweder direkt an das Finanzamt oder über die Nebenkosten an den Vermieter. Die Einnahmen aus der Grundsteuer liegen derzeit bei mehr als 14 Milliarden Euro jährlich. Damit ist die Grundsteuer nach der Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Auch in Zukunft soll es dabei bleiben, dass jede Kommune den jeweiligen Hebesatz selbst festlegen kann. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war es in den Verhandlungen wichtig, passende Lösungen für unterschiedliche Begebenheiten und damit auch für den föderalen Wettbewerb zu ermöglichen. Uns geht es darum, die Grundsteuer möglichst einfach auszugestalten und somit unnötige Bürokratie zu vermeiden. Die Abweichungsmöglichkeit der Länder ist daher ein starkes Bekenntnis zu Föderalismus und zu kommunaler Selbstverwaltung. Es ist die Antwort auf ganz unterschiedliche Gegebenheiten zwischen Aachen und Zittau, zwischen Stadtstaaten und Flächenländern, zwischen den Ballungszentren und ländlichen Räumen.

DIE ZWISCHENBILANZ

DER SCHWARZ-ROTEN KOALITION

Die schwarz-rote Koalition hat bereits viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger konkret verbessern und unser Land stärken. Dies ist die Zwischenbilanz:

1. Perspektiven für Familien, Kinder & Jugendliche

- Digitalisierung der Schule: Grundgesetz geändert; 5 Milliarden Euro Unterstützung für Länder
- Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro ab dem 1. Juli 2019
- Fortführung des Kitaausbaus: Bundeshilfe bisher schon 11 Milliarden Euro, weitere 5,5 Milliarden Euro bis 2022 (Gute-Kita-Gesetz)
- Erhöhung des BAföG um mehr als 15 Prozent und Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten
- für einkommensschwache Familien wird Kinderzuschlag erhöht und der Antrag einfacher

2. Klima und Umwelt

- saubere Luft: 1 Milliarde Euro Förderung für saubere Busse und Müllwagen
- Energiewende voranbringen: Beschleunigung des Netzausbaus; Erhöhung des Ausbaus von Windenergie an Land und Solarenergie um je 4 GW 2019 - 2021.
- Anteil erneuerbarer Energien am Strom zwischen 2005 bis 2018 vervierfacht von 10 Prozent auf fast 40 Prozent
- Ausstieg aus Kohle wird vorbereitet; Unterstützung der betroffenen Regionen beim Strukturwandel

3. Bezahlbarer Wohnraum

- Baukindergeld für Familien mit 1.200 Euro pro Kind und Jahr für die Dauer von 10 Jahren
- sozialer Wohnungsbau: Grundgesetz geändert, damit Bund den zuständigen Ländern helfen kann mit insgesamt 5 Milliarden Euro

4. Innere Sicherheit

- 2.000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte, 15.000 neue Polizisten bei Bund und Ländern, jeweils bis Ende 2021; beschleunigte Gerichtsverfahren
- Erhöhung des Bundeswehretats um 6,2 Milliarden Euro (2018 + 2019); Fortsetzung Personalaufwuchs

5. Zuwanderung

- Fachkräftezuwanderungsgesetz: Erleichterung des Zuzuges von qualifizierten Fachkräften, Personen über 45 Jahre brauchen Mindestgehalt oder sonstige angemessene Altersversorgung
- Regelungen für mehr Ausweisungen abgelehnter Asylbewerber; strengere Regelungen für Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer
- Abschaffung des Familiennachzugs für Bürgerkriegs-

flüchtlinge (bis auf 1000 Menschen pro Monat aus humanitären Gründen)

6. Infrastruktur und Hochschulen

- Rekordsumme für Investitionen in Höhe von 77 Milliarden Euro (2018 + 2019), allein für Verkehrsinfrastruktur rund 29 Milliarden Euro
- bessere Übersicht über Netzausbau und Funklöcher, höhere Bußgelder für Telekommunikationsunternehmen bei Verfehlen der Ausbauziele
- Wissenschaftspakte 2021 – 2030 mit den Ländern: Investitionen in Hochschulen, Wissenschaft und Lehre in Höhe von insgesamt 160 Milliarden Euro
- Eindämmung von Fahrverboten: Fahrverbote in der Regel erst ab 50 Mikrogramm NOX/m³ (statt ab 40)

7. Rente, Pflege und Gesundheitsversorgung

- Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner, Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder
- Stabilität bei Rentenniveau und bei Beiträgen zur Rentenversicherung
- 13.000 Stellen in der Pflege für ambulante medizinische Versorgung
- schnelle Arzttermine durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz
- Reform der Ausbildung für Pflegeberufe; Schulgeld wird abgeschafft, stattdessen Ausbildungsvergütung für Azubis

8. Unterstützung der SED-Opfer

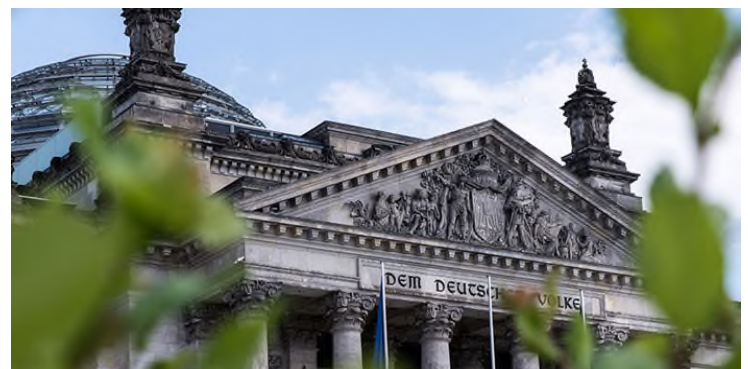
- Entfristung der Rehabilitierungs-Gesetze und Aufarbeitung von Zwangsadoptionen in der DDR

9. sichere Lebensmittel und starke Landwirtschaft

- 1 Milliarde Euro zur Förderung des ländlichen Raums, Hilfgelder nach Dürresommer 2018

10. Entwicklungshilfe:

- Rekordsummen für Hilfe in Herkunftsregionen von Migranten: 2018 fast 1,8 Milliarden Euro für Region um Syrien (u.a. Schulbesuch von 350.000 Flüchtlingskindern)
- Hilfe für Afrika: Milliardenhilfe u.a. für Marshallplan für Afrika, Sahel-Zone, Klimaschutz und Initiative „Ausbildung und Beschäftigung“



AUS DEM WAHLKREIS

1.111 Jahre feierte die **Gemeinde Wallhausen** im Juni 2019. Dieses „Schnapszahljubiläum“ nahmen Bürgermeister Udo Härtig sowie der Wallhäuser Krammarktverein zum Anlass, die Festwoche weit über ein Jahr im Voraus zu planen. Die intensive Vorbereitung hat sich gelohnt, denn zur offiziellen Jubiläumsveranstaltung am 16. Juni 2019 konnte endlich die „Ottonengruppe“ feierlich eingeweiht werden. Angekündigt waren König Heinrich I. und Königin Mathilde sowie ihr Sohn Kaiser Otto I. und Gattin Adelheid, doch in historischer Tracht kamen auch viele Bürgerinnen und Bürger Wallhausens. Aus Wallhäuser Eiche hatte der Kettensägekünstler Dieter Krüger die Skulpturen erschaffen, die an die geschichtliche Bedeutung unserer Region erinnern: „Heinrich I. hat 909 Mathilde in Wallhausen geheiratet. 912 wurde ihr Sohn Otto, der spätere Kaiser Otto der Große, mit Sicherheit hier geboren“, erklärte dazu Wallhausens Alt-Bürgermeister Klaus Hinsching. Die Ottonengruppe hat einen würdigen Platz im Ortszentrum erhalten.



Mit Tanz und Unterhaltung hatte der **Obsthof am Süßen See** zum traditionellem **Kirschfest** geladen. Bauernmarkt, Kliebigtaler Blasmusikanten, Schlagerparty und großes Showprogramm von Radio Brocken lockten bei bestem Wetter viele Besucher auf den Obsthof von Phillip Moser, dessen Hofladen sich mit gutem Obst, frischer Milch und regionaler Produkte einen Namen gemacht hat. Aber auch andernorts war jede Menge los: So führte der **Merseburger Reitverein „St. Hubertus“** sein Kinder- und Jugendturnier durch. Ich habe mich sehr gefreut, die Siegerehrung in den Disziplinen Dressur- und Springreiten vornehmen zu dürfen. Während des Turniers fand u.a. ein entscheidender Wettkampf im Vierkampf statt. Es ging dabei um wertvolle Punkte zur Qualifizierung für den Bundesvierkampf.

Auch auf der **Burgruine Bornstedt** war ich im Juni zu Gast. Grund meines Besuchs war das 70. Heimatfest, das vom Heimatfestverein Bornstedt e.V. ausgerichtet wurde. Auf Einladung des Vorsitzenden, Harald Thurm, und des Ortsbürgermeisters, Lars Rose, durfte ich der Festsitzung beiwohnen. Es ist immer wieder eine Freude zu erleben, mit wieviel Engagement die Heimat- und Traditionspflege in unserer Region hochgehalten wird. Burg Bornstedt wird vielfältig genutzt, u.a. für Konzerte, Schützentreffen oder Privatfeiern. Durch diese Nutzungsangebote und die damit verbundenen Einnahmen ist der Erhalt der Burg möglich.

Ein Besuch zum Tag der offenen Tür im **Sangerhäuser Wohnheim „Lebenswert“** (Bild rechts) gehört für mich längst zur Tradition. In der Einrichtung können insgesamt 40 chronisch mehrfachbeeinträchtigte, abhängigkeitskranke Frauen und Männer betreut werden. 8 Bewohner bilden eine Wohngruppe. „In einer therapeutischen Gemeinschaft mit anderen Menschen zusammen zu leben, bedeutet eigene Bedürfnisse artikulieren zu müssen, Interessen wieder zu finden und gemeinsame Erfahrungen zu machen“, erläuterte mir Frau Elsner-Fritsche. Sie ist die Geschäftsführerin der Kontext Ilmenau gGmbH, dem gemeinnützigen Träger des Wohnheims, der weitere Betreuungseinrichtungen in Thüringen betreibt.





SCHWEIGERS SOMMERTOUR 2019

WAS MACHT DER ABGEORDNETE IM AUGUST, WENN ER NICHT IN BERLIN IST?

Auch ein Bundestagsabgeordneter hat manchmal eine Pause nötig - dafür nutze ich die sitzungsfreien Sommerwochen im Juli. Dann ist auch mein Urlaub eingeplant, in dem ich für zwei Wochen sprichwörtlich vom Bundestag „abschalte“ und mir Zeit mit der Familie gönne. Ende Juli heißt es dann aber wieder: Auf in den Wahlkreis! Das mache ich vor allem mit meiner Sommertour im August. Dafür laufen schon seit Mai die Vorbereitungen. Diese Zeit ist geprägt von manchmal langen Tagen aber auch vielen interessanten Erlebnissen. Ich bin gespannt, welche Termine noch bis zum Start der Sommertour 2019 hinzu kommen. Schon jetzt verspricht mein Kalender, in dem jede Terminbestätigung festgehalten wird, anregende und spannende Begegnungen. So besuche ich unter anderem das AWO-Pflegeheim „Am Rosengarten“ in Sangerhausen, die Firma SH Natursteine in Wettin-Löbejün, den Tierpark in Walbeck, das Heimatfest in Dederstedt aber auch den Kirchbauverein Gröst sowie das traditionelle Fichtenkonzert in Querfurt. Anmeldungen für die Sommertour sind noch bis Ende Juli über meine Wahlkreisbüros möglich. Die Kontaktmöglichkeiten finden Sie auf der letzten Seite.

2000 STELLEN BEIM TECHNISCHEN HILFSWERK

Das Technische Hilfswerk bietet ab Herbst 2019 **jährlich bis zu 2.000 Bundesfreiwilligendienst-Plätze** an. Auf die Freiwilligen warten in der Einsatzorganisation zahlreiche Aufgaben: Von der Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den THW-Ortsverbänden über Logistik bis hin zur Verwaltung können die Bundesfreiwilligen das tun, was ihren persönlichen Neigungen entspricht. Darunter fallen unter anderem Gerätewartung, Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung von Helferinnen und Helfern, Jugendarbeit sowie Unterstützung bei der Vorbereitung von Übungsdiensten und Einsätzen. Das THW möchte die persönliche und berufliche Entwicklung der Bundesfreiwilligendienstleistenden fördern und gleichzeitig die Menschen an das bürgerschaftliche Engagement heranzuführen und dafür begeistern. Das Zusammenspiel dieser beiden Aspekte wird zum Anreiz und damit zum erfolgreichen Verlauf des Bundesfreiwilligendienstes im THW beitragen. Übrigens, der Bundesfreiwilligendienstleistende erhält ähnlich wie beim „Freiwilligen Jahr“ ein Taschengeld von rund 400 Euro pro Monat sowie eine Verpflegungspauschale in Höhe von 50 Euro pro Monat. Die Teilnehmenden sind gesetzlich kranken-, pflege- und sozialversichert. Interessenten am Bundesfreiwilligendienst im THW können sich über https://www.thw.de/DE/Mitmachen-Unterstuetzen/Bundesfreiwilligendienst/Informationen/informationen_node.html näher informieren.

Technisches
Hilfswerk

**Ohne Job,
aber mit vielen Plänen?
Entdecke Bufdi.**
Der Bundesfreiwilligendienst hat was für Sie.
www.entdecke-bufdi.de

Technisches
Hilfswerk

**Schule vorbei
und viele Ideen?
Entdecke Bufdi.**
Im Bundesfreiwilligendienst liegt Deine Zukunft.
www.entdecke-bufdi.de



AUFGEPASST!

Bewerbungsphase für ein Austauschjahr in den USA läuft noch bis 13. September 2019

Der Deutsche Bundestag vergibt Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm gibt seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben.

Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten.

Die Bewerbungsfrist für das 37. PPP 2020/21 endet am Freitag, dem 13. September 2019.

Zum Bewerbungsportal geht's hier entlang:
<https://www.bundestag.de/ppp>

TERMINE/ ANKÜNDIGUNGEN

IM JULI

- 1. bis 5. Juli 2019 - Delegationsreise des Bauausschusses nach Barcelona
- 8./9. Juli 2019 - Klausurtagung der CDU-Landesgruppe Sachsen-Anhalt in Dessau-Roßlau
- 9. Juli 2019 - Sommerfest des Sozialen Betreuungswerkes in Merseburg
- 14. Juli 2019 - Eröffnungsveranstaltung zum 20. Tag des Bergmanns, Röhrichtschacht Wettelrode

IM AUGUST— SOMMERTOUR

- 3. August 2019 - Schützenfest der Schützenkompanie „Goldene Aue“ in Roßla
 - 5. bis 11. August 2019 - Sommertour 1 im Altkreis Sangerhausen, Wettin-Löbejün und Salzatal
 - 12. bis 18. August 2019 - Sommertour 2 in Lutherstadt Eisleben, Mansfeld, Hettstedt und Gerbstedt
 - 19. bis 23. August 2019 - Sommertour 3 in Merseburg, Querfurt, Mücheln und Bad Lauchstädt
- Weitere Anmeldungen für die Sommertouren nehmen meine MitarbeiterInnen gern in den Wahlkreisbüros entgegen!**

Parlamentarische Sitzungswochen in Berlin

Im Juli und August finden keine Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Die parlamentarische Sommerpause endet am 8. September.

Folgen Sie mir auf meiner Internetseite unter www.cdu-schweiger.de oder bei

Twitter,
Facebook
und Instagram



So erreichen Sie mich ...

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 Telefon: 030 227-77066 Telefax: 030 227-70069
 E-Mail: torsten.schweiger@bundestag.de
 Ansprechpartnerin: **Andrea Haese**

Wahlkreisbüro Sangerhausen

Schlossgasse 3 • 06526 Sangerhausen
 Telefon: 03464 279930 • Telefax: 03464 279931
 E-Mail: torsten.schweiger.wk01@bundestag.de
 Ansprechpartnerin: **Nadine Pein**

Wahlkreisbüro Lutherstadt Eisleben/ Hettstedt

Markt 14 • 06295 Lutherstadt Eisleben
 Telefon: 03475-7149650
 E-Mail: torsten.schweiger.wk02@bundestag.de
 Ansprechpartner: **Matthias Redlich**

Wahlkreisbüro Merseburg

Burgstraße 6 • 06217 Merseburg
 Telefon: 03461-2897337
 E-Mail: torsten.schweiger.wk03@bundestag.de
 Ansprechpartnerin: **Heike Roßner**